

«Der Bankrat ist keinesfalls ein Laienrat»

ZÜRICH. Der neue Bankratspräsident Jörg Müller-Ganz erklärt, weshalb die Privatisierung der ZKB auch aus freisinniger Sicht nicht sinnvoll ist.

INTERVIEW: PASCAL UNTERNÄHRER

Herr Müller-Ganz, Sie sind als Vertreter der kleinsten und ZKB-kritischsten Partei im Bankratspräsidium zu dessen Vorsitzendem gewählt worden. Hat eine Rolle gespielt, dass Sie als Einziger schon im Gremium sassen?

Das hat nach meiner Einschätzung keine Rolle gespielt. Vielmehr war es die Kombination aus bankfachlichem Know-how, Führungskompetenz und meiner Erfahrung als Unternehmer, die den Ausschlag gegeben hat.

Ihre Partei, die FDP, fordert ein Einergremium für die ZKB. Teilen Sie deren Meinung?

Entweder entscheidet man sich für ein Einergremium mit einem grossen Stab im Hintergrund. Oder aber man bleibt beim Dreiergremium, in welchem jedes Mitglied parallel die wichtigen Fragestellungen überdenkt, im Gremium gemeinsam diskutiert und anschliessend einen Mehrheitsentscheid fällt. Ich persönlich erachte die zweite Variante der Entscheidungsfindung qualitativ gesehen als die bessere Lösung.

Der Freisinn ist einer Privatisierung der Zürcher Staatsbank nicht abgeneigt. Ist das die Zukunft?

Wenn heute ein Mitglied des Kantonsrats auf die Idee käme, auf der grünen Wiese die Gründung einer Universalbank mit einem Grundkapital von knapp 2 Milliarden Franken und uneingeschränkter Staatsgarantie zu fordern, so kann man sich vorstellen, wie die Reaktion von Ratsmehrheit und Öffentlichkeit wäre. Eine solche Idee würde heute kaum goutiert. Vor 140 Jahren sah die Bankenwelt insbesondere für KMUs und die breite Bevölkerung jedoch anders aus, weshalb der Kanton heute seine eigene Bank und damit ein gewichtiges Aktivum besitzt. Gemäss Bankengesetz muss ein Kanton mehr als ein Drittel des Kapitals und der Stimmen halten, damit eine Bank als Kantonbank gilt. Eine allfällige «Privatisierung» der ZKB bliebe damit auf eine Teilprivatisierung beschränkt. Wie das Beispiel anderer Kantonbanken – etwa die Banque Cantonale Vaudoise – zeigt, müsste der Kanton selbst bei einer teilprivatisierten ZKB ohne Staatsgarantie als mutmasslicher Mehrheitsak-

tionär finanziell für die Bank eintreten, wenn die ZKB in finanzielle Not käme. Deshalb ist gerade aus freisinniger Sicht klar: Wer potenziell bezahlen muss, soll auch bestimmen können. Eine Privatisierung ist damit nicht opportun.

Die Finma kritisiert, dass das ZKB-Präsidium für ein Aufsichtsgremium zu stark operativ tätig ist. Ihre Replik? Ich möchte betonen: Es geht hier nicht um eine Kritik der Finma. Die Aufsichtsbehörde hat Empfehlungen abgegeben. Als drittgrösste Bank der Schweiz steht die ZKB in regem und regelmässigem Kontakt mit der Finma, wobei ein Schwerpunkt auch das Thema Corporate Governance ist. Diese Diskussion läuft innerhalb der ZKB bereits seit Langem und nicht erst seit dem Schreiben der Finma in den Medien auf. Vergessen wir nicht: 2003 hat die Finma-Vorgängerin EBK die Corporate Governance der ZKB geprüft und ohne Vorbehalte akzeptiert. Selbstverständlich sind wir jedoch bestrebt, uns hier aus eigenem Antrieb weiterzuentwickeln, und neh-

men die Anliegen des Regulators ernst.

Gerade Sie gelten als einer, der sich oft und gerne einmischt oder – je nach Sicht – interessiert. «Ganz de Müller» soll ein geflügeltes Wort innerhalb der ZKB sein.

Letzteres ist wohl zu hoch gegriffen. Natürlich bekunde ich als Präsidiumsmitglied grosses Interesse an dem, was in der ZKB abläuft. Ich weiss aber zwischen strategischen und operativen Aufgaben sehr wohl zu unterscheiden.

Die ZKB galt lange als KMU-Bank. Nun profiliert sie sich immer mehr in der Vermögensverwaltung und im Investmentbanking. Wird diese Strategie mit Ihnen an der Spitze eher verstärkt? Die ZKB ist und bleibt eine Bank für KMUs und ist in diesem Bereich die Nummer 1 in ihrem Heimmarkt. Das bedingt aber sogar, dass wir als Universalbank in allen Dienstleistungssparten gut aufgestellt sind. So schätzen insbesondere internationale ausgerichtete mittelgrosse Unternehmen unsere Leistungen aus dem Investmentbanking ganz besonders. Denken Sie etwa an ein KMU, das seine Maschinen ins Ausland liefert und sein Währungsrisiko absichern möchte. Dieses KMU ist auf eine Devisenoption aus unserer Handelsabteilung angewiesen.

Haben Sie und der Bankrat genügend Know-how im Bankgeschäft, um der Geschäftsleitung auf die Finger zu schauen – gerade im Investmentbanking?

Wer einen genauen Blick auf den neuen Bankrat wirft, stellt fest, dass es sich keinesfalls um einen Laienrat handelt. Als Ganzes verfügt das Gremium über ein breit abgestütztes Wissen – insbesondere im bankfachlichen Bereich.

Die ZKB hat umstrittene Engagements im Ausland getätigt, Stichwort Salzburger Privatinvest. Wie lautet Ihre Auslandsstrategie?

Die ZKB ist eine vornehmlich im Wirtschaftsraum Zürich tätige Bank. Dies heisst aber nicht, dass wir punk-

tuell nicht auch im Ausland tätig sind. Mit einer Marktdurchdringung von über 50 Prozent besitzen wir im Privat- wie im Geschäfts- und Firmenkundengeschäft eine führende Position im Heimmarkt. Auf nationaler Ebene streben wir eine gezielte Ausweitung unserer Aktivitäten an. Und im Auslandsgeschäft sind wir seit langer Zeit eine solide und verlässliche Partnerin für die Schweizer Exportindustrie.

Sie und Ihre Frau waren vor über 20 Jahren als Journalisten für den «Zür-

cher Unterländer» tätig. Heisst das, dass Medienleute bei Ihnen auf besonders viel Verständnis stossen werden?

Ich schätze die Arbeit der Medien sehr. Sie sind der wichtige Katalysator zwischen der ZKB und der Zürcher Bevölkerung. Auch aus persönlicher Erfahrung weiss ich um die Bedeutung der Medien und die grosse Arbeit, die hinter ihrer Informationsaufgabe steht. Ich werde für die Medien darum ein offenes Ohr haben.

Das Interview musste schriftlich geführt werden.

«Ich weiss zwischen strategischen und operativen Aufgaben sehr wohl zu unterscheiden»



«Auf nationaler Ebene streben wir eine gezielte Ausweitung unserer Aktivitäten an», kündigt der neue ZKB-Präsident Jörg Müller-Ganz an. Bild: pd

Der Jüngste macht das Rennen

Der derzeit zwölfköpfige Bankrat (ein SVP-Sitz ist vakant) hat Jörg Müller-Ganz (FDP, Jahrgang 1961) zu seinem Präsidenten, János Blum (SP, 1957) zu dessen Stellvertreter und Bruno Dobler (SVP, 1952) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Die Wahl erfolgte geheim. Dennoch ist davon auszugehen, dass sie klar ausfiel. Denn Blum wollte dem Vernehmen nach nicht Präsident werden, und Dobler ist ein Neuling. Zudem wurde seine Bankkompetenz in den letzten Wochen in Zweifel gezogen. Insgesamt ist damit die Taktik der FDP aufgegangen, die Müller-Ganz mit dem vorzeitigen Rücktritt von Martin Zollinger 2010 frühzeitig im Bankratspräsidium platzierte. Der ehemalige Bülacher Lokalpolitiker Müller-Ganz ist seit 2007 im Bankrat, Blum seit 2002. Die beiden Vorgänger von Müller-Ganz waren die beiden SVP-Mitglieder Hermann Weigold (1994–2003) und Urs Oberholzer (2003–2011).

Die SVP ist enttäuscht

Hans Frei, SVP-Fraktionspräsident im Kantonsrat, zeigte sich auf Anfrage enttäuscht und deutete Kritik an der SP an, deren Mitglieder vermutlich Müller-Ganz gewählt haben. Damit sei eine Kontinuität gebrochen, so Frei, waren es doch die SVP und SP, welche gemeinsam die Angriffe der FDP auf die ZKB-Organisation abgewehrt hatten. SP-Fraktionspräsident Raphael Golta räumte ein, dass die FDP seiner Partei in ZKB-Sachen nicht immer Freude bereitet hat. Doch habe er den Eindruck, dass Müller-Ganz hinter der heutigen Bankstruktur stehe. Dass die SVP in den letzten Wochen gleich zwei Bankratskandidaten zurückzog, habe Dobler wohl auch nicht geholfen, meint Golta. (pu)

Hausarztmedizin: Gesetze ausreichend

ZÜRICH. Die Kantonsregierung findet den Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» überflüssig. Die Hausarztmedizin lasse sich auch mit dem geltenden Recht fördern – «den erforderlichen politischen Willen vorausgesetzt». In ihrer gestern veröffentlichten Vernehmlassung schreibt die Regierung, «gegen das Bekenntnis zu einer qualitativ hochstehenden, für alle zugänglichen Grundversorgung» sei nichts einzuwenden. Aber dafür sei keine neue Gesetzesbestimmung nötig. Bereits in der Bundesverfassung sei die Pflicht festgeschrieben, die medizinische Versorgung sicherzustellen. Der Bund brauche auch nicht mehr Kompetenzen, um Vorschriften über die Aus- und Weiterbildung der medizinischen Grundversorger zu erlassen. Die habe er nämlich bereits. (sda)

Kein Kameraverzeichnis

ZÜRICH. Der Regierungsrat ist der Meinung, ein im Internet veröffentlichtes Verzeichnis der Videoüberwachungskameras nütze der Öffentlichkeit wenig.

Ein Verzeichnis aller Videoüberwachungsanlagen im öffentlichen Raum – dies wollten Motionärinnen und Motionäre aus den Reihen der Grünen und der AL bewirken. In seiner gestern veröffentlichten Antwort beantragt der Zürcher Regierungsrat nun allerdings, den Vorstoss nicht zu überweisen.

Der Entwurf für Änderungen im Polizeigesetz sehe vor, dass «die Öffentlichkeit mit geeigneten Mitteln auf den Einsatz der Videokameras aufmerksam» gemacht werde. Zu diesen Mitteln gehörten beispielsweise Hin-

weistafeln oder Anzeigen auf Bildschirmen.

Ein im Internet veröffentlichtes Standortverzeichnis wäre natürlich auch eine Möglichkeit, hält die Regierung in ihrer Antwort fest. Aber die Zahl der überwachten Orte im Kanton dürfte recht gross und die Liste somit entsprechend lang sein.

Vor Ort kennzeichnen

Ende 2010 seien allein 29 Haltestellen und Bahnhöfe sowie die 350 Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs videoüberwacht worden. Sie seien jeweils mit gut sichtbaren Symbolen gekennzeichnet. Es dürfte deshalb wirkungsvoller sein, solche gut sichtbaren Hinweise jeweils am Ort der installierten Überwachungsanlage selbst anzubringen, statt eine Liste ins Internet zu stellen, lautet die Argumentation. (sda)

IN KÜRZE

Wasserleiche identifiziert

ZÜRICH. Der Mann, dessen Leiche am 19. Juni aus dem Zürichsee geborgen worden war, ist identifiziert. Es handelt sich um einen 36-jährigen Schweizer, wie die Stadtpolizei Zürich gestern mitteilte. Die Todesursache sei noch unklar, eine Dritteinwirkung könne aber ausgeschlossen werden.

Die Bahn macht vorwärts

ZÜRICH. Der Bundesrat hat die erste Vereinbarung zwischen Bund und SBB gutgeheissen, mit welcher das Projekt «Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur» umgesetzt wird. Die Region Zürich profitiert unter anderem davon, dass auf der Strecke Zürich–Winterthur mit einem vierten Gleis zwischen Effretikon und Hürli-stein das Angebot erweitert werden kann, wie das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation gestern mitteilte.

Mehr Lohn für Verkäufer

ZÜRICH. Das Verkaufspersonal im Zürcher Shop Ville-Rail City erhält ab Juli mehr Lohn. Die Sozialpartner haben die Mindestanstellungsbedingungen aus dem Jahr 2005 überarbeitet. Die Mindestbruttolöhne betragen neu zwischen 3500 und 3700 Franken – 200 bis 300 mehr als bisher.

Zürcher schwingen obenauf

ZÜRICH. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Stadt Zürich wächst deutlich stärker als im Schweizer Durchschnitt: Zwischen 1992 und 2010 betrug die Zunahme 75 Prozent, in der Schweiz waren es 55 Prozent. Entscheidend für diese hohe Wertschöpfung ist die Bedeutung des Dienstleistungssektors, wie Statistik Stadt Zürich gestern mitteilte. Der Anteil des dritten Sektors liegt in Zürich bei rund 92, gesamtschweizerisch liegt er bei 72 Prozent. (sda)